

<http://derstandard.at/?url=/?id=3141832>

"Initiativen der afrikanischen Seite anerkennen"

Politikwissenschaftler Sebastian Wadle im derStandard.at- **Interview** über Probleme zwischen der EU und Afrika und warum er den Gipfel für wichtig hält

Die Kritik, die Schriftsteller wie Günter Grass in einem offenen Brief im Vorfeld des EU-Afrika-Gipfels geübt haben, kann Sebastian Wadle nur bedingt teilen: Nicht Darfur oder Simbabwe seien die zentralen Themen des Gipfels, sondern eine neue Partnerschaft zwischen der EU und Afrika. Die Afrikanische Union (AU) sei als Partner zwar problematisch, auch gebe es in der Zusammenarbeit zwischen den beiden Kontinenten genug Probleme. Nichts desto trotz sei die vorliegende Form der multilateralen Kooperation wichtig: "Das ist nicht einfach, aber es ist das Beste, was uns im Moment zur Verfügung steht", erklärt der Politikwissenschaftler im derStandard.at-Interview. Das Gespräch führte Sonja Fercher.

* * *

derStandard.at: Schriftsteller wie Günter Grass und Vaclav Havel [werfen der EU Feigheit vor](#), weil die Themen wie Darfur oder Simbabwe nicht im Mittelpunkt des Treffens stehen. Eine berechtigte Kritik oder eine falsche Einschätzung der Ziele des Gipfels?

Wadle: Ich teile diese Verurteilungen nur bedingt. Sicherlich ist es so, dass gerade diese hochkarätigen Treffen eine Möglichkeit zu einer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Brennpunkten bieten. Nur sind sie nicht die zentralen Themen des Gipfels. Dennoch sollte man auf dem Gipfel zeitnah konkrete Treffen vereinbaren, um Lösungswege für beide Krisen zu finden.

derStandard.at: Was ist das zentrale Thema?

Wadle: Man möchte die EU-Afrika-Beziehungen auf eine neue Grundlage stellen, um in Zukunft einen wirksamen Dialog zwischen der EU, der Afrikanischen Union (AU) und den Mitgliedstaaten der beiden Organisationen zu etablieren. Das ist ein mittel- bis langfristiges Projekt, das sagt der Begriff Strategie ja schon aus. Es soll die Grundlage dafür geschaffen werden, damit in Zukunft Probleme wie Darfur oder Simbabwe besser gelöst werden können.

derStandard.at: Neue Grundlage, was soll das bedeuten?

Wadle: Es soll eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe werden. Was das bedeuten soll, ist natürlich immer Definitionssache, denn grundsätzlich wird es immer eine Asymmetrie geben, weil die EU der deutlich stärkere Partner ist. Aber man sollte sich darüber Gedanken machen, was man darunter versteht. Ich glaube, die Partnerschaft sollte eine kooperative, ergebnisorientierte Zusammenarbeit von EU und AU ermöglichen, die bei der Politikgestaltung die Interessen beider Seiten berücksichtigt.

In diesem Sinne muss man auch die Initiativen der afrikanischen Seite selbst anerkennen. Es ist ja nicht so, als wäre sie etwa in der Simbabwe-Krise untätig gewesen: Der senegalesische Präsident Abdoulaye Wade ist zuletzt aktiv geworden, ebenso versuchte der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki zu vermitteln. Das hat mit Blick auf den Gipfel in Lissabon nicht geklappt, aber gescheiterte Vermittlungsversuche kennt man in der europäischen Politik schließlich auch.

Ob die Europäer in dieser Situation noch den Druck erhöhen sollten? Das halte ich im Moment in dieser Konstellation nicht für hilfreich.

derStandard.at: Inwieweit hat die [Absage des britischen Premiers Gordon Brown](#) wegen der Teilnahme von Robert Mugabe Auswirkungen auf das Gelingen des Gipfels bzw. auf den geplanten Abschluss der „strategischen Partnerschaft“?

Wadle: Ich glaube, dass diese Absage keine Auswirkungen hat. Es handelt sich ja um keinen völligen Boykott, Brown lässt sich durch die ehemalige Entwicklungsministerin Valerie Amos vertreten. Er selbst hat zwar immer wieder gesagt, dass er es nicht dulden kann, dass die Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe unbeantwortet bleiben, aber dass er den Gipfel selbst nicht zu Fall bringen will.

Ich glaube, dass hier die britische Innenpolitik eine große Rolle spielt, denn da gibt es große Erwartungen, was den Umgang mit good governance und Menschenrechten betrifft. Gerade Großbritannien hat sich hier seit dem G8-Gipfel in Gleneagles sehr weit aus dem Fenster gelehnt.

derStandard.at: Gerade diese Woche kritisierte eine [Studie](#), dass der EU-Einsatz im Tschad zu gering dimensioniert sei. Ist das EU-Engagement angesichts dessen überhaupt glaubwürdig?

Wadle: Die Studie hat in der Sache recht: Das Mandat ist zu schwach, der Umfang zu gering, es gibt enorme logistische Probleme, etwa die Wasserversorgung der Truppen vor Ort. Vordergründig scheinen dies mehr operative Fragen zu sein. Doch dahinter stehen komplexe politische Probleme. Leider hat man immer wieder das Problem – das konnte man schon beim Kongo sehen –, dass es eine Diskrepanz gibt zwischen dem, was sinnvoll ist, und dem, was politisch umgesetzt wird. Das gilt innerhalb der EU wie in der AU oder der UNO.

Oft klafft eine Glaubwürdigkeitslücke. Politiker können ihren Wählern die Notwendigkeit zum Handeln nicht ausreichend vermitteln.

derStandard.at: Die EU möchte sich in Zukunft verstärkt bei Friedenseinsätzen in der Region engagieren. Welche Interessen stehen dahinter?

Wadle: Ein grundsätzliches Ziel der EU, das auch in der Europäischen Sicherheitsstrategie verankert ist, ist die Stärkung der Handlungsfähigkeit der UNO. Die Interessen Europas gehen aber über das hinaus: Es geht um Frieden auf dem Kontinent und darum, Menschenrechte zu schützen. Zudem ist nur in

einem stabilen Umfeld Entwicklung möglich, die sich auch auf den Umfang der Migrationsströme nach Europa auswirkt. Auch Handel ist natürlich nur in einem stabilen Umfeld möglich.

Wenn sich also die AU grundsätzlich dazu bereit erklärt, sich für diese Stabilisierung einzusetzen, dann ist diese Initiative ganz im Sinne der EU, weshalb sie auch einen Beitrag leisten sollte.

derStandard.at: Die AU wird immer wieder kritisiert, etwa wegen der mangelnden Zahlungsmoral ihrer Mitglieder. Ist es überhaupt sinnvoll, dass die EU sich auf diese Organisation als Partner stützt?

Wadle: Was die Zahlungsmoral betrifft, sollten die EU und die AU im Rahmen der neuen Partnerschaft für mehr Transparenz und Kontrolle Sorge tragen. Beide Seiten sollten ihre Beiträge leisten.

Die AU ist in mehrerlei Hinsicht problematisch. Zum einen kann eine multilaterale Organisation wie die AU immer nur so gut sein, wie ihre Mitgliedstaaten. Das kennen wir auch von der UNO und der EU, das sollte man immer in Betracht ziehen. Zweitens ist es eine junge Organisation, die sich noch im Aufbau befindet und institutionell wie finanziell noch schwach ist. Für eine Förderung der AU spricht grundsätzlich die Geschichte der EU: wer kooperiert, schießt nicht.

Mit der multilateralen Zusammenarbeit ist das aber so eine Sache: Die EU hat 27 Mitgliedstaaten, die AU 52 mit unterschiedlichen Interessen, die berücksichtigt werden müssen. Das ist ein hochkomplexer Aushandlungsprozess, weshalb eine Institutionalisierung von großer Bedeutung ist, um kohärente Absprachen zu erzielen. Das ist nicht einfach, aber es ist dennoch das Beste, was uns im Moment zur Verfügung steht. (Sonja Fercher, derStandard.at, 8.12.2007)

Link

"Stiftung Wissenschaft und Politik"
